Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 32 — München / 4. Jahrgang — 10. August 1917

Vom Wachstum des Antisemitismus.

Brief aus Österreich.

. . . . Im August 1917.

Daß in Österreich die antisemitische Stimmung der in Deutschland herrschenden in nichts nachgibt, ist, wenn man es nicht durch eigene Beobachtungen oder Berichte weiß, schon deshalb verständlich, weil die lange Jahre währende Unklarheit der christlich-sozialen und nationalistischen Parteien nicht ohne Folgen bleiben konnte. Das Volk sucht sich in seiner Oberflächlichkeit sein Opfer, und das wären die Juden auch dann gewesen, wenn sie nicht der Flüchtlingsstrom aus Galizien in so großen Massen nach Westösterreich geführt hätte. Deshalb hatte der christlich-soziale Abgeordnete von Rumburg, Dr. Jerzabek, ganz recht, wenn er am 16. Juni im Abgeordnetenhaus sagte: „Gehen Sie nur in die Straßen von Wien, dann werden Sie sehen, welcher Antisemitismus dort Platz gegriffen hat, gehen Sie nur hinaus in die Provinzen und an die Front und forschen Sie nach, wie man dort über die Juden denkt . . ." Es ist wahr, daß sich der neutestamentliche Satz vom Splitter im Auge des anderen wieder einmal bewahrheitet hat, aber weder bestehen die Anklagen, die gegen die Judenschaft im allgemeinen erhoben werden, zu Recht, noch braucht ihr „bange zu werden vor dem Augenblick, wo die Leute von der Front wieder zurückkehren werden." Denn mit ihnen kommen auch die jüdischen Soldaten heim, die ihr Leben für das Vaterland willig in die Schanze geschlagen haben und nicht werden ertragen wollen, daß man die Ehre ihrer gefallenen jüdischen Kameraden und ihrer Gemeinschaft in der niedrigsten Weise besudelt.

Es ist eine unerhörte Herausforderung, wenn Jerzabek in einer gleißnerischen Pogromrede, in der er „durchaus nicht leugnen will, daß es auch brave Juden gibt, daß es auch jüdische Soldaten gegeben hat und gibt, die ihre Pflicht erfüllen", ausführt: „Den Helden der Front stehen die Hyänen des Schlachtfeldes gegenüber und den Helden der Scholle die Hyänen des Hinterlandes. Die Hyäne ist bekanntlich ein orientalisches Tier, merkwürdigerweise sind auch die Hyänen des Hinterlandes durchwegs orientalischen Ursprungs gewesen." Diesem Redeexzesse schlimmster Art, denen sich andere von anderen Abgeordneten anreihen und noch anreihen werden, treten die jüdischen Parlamentarier Dr. Benno Straucher und Heinrich Reizes mit würdiger Entschiedenheit entgegen.

Das angegriffene jüdische Publikum empfindet es als eine Wohltat, zwei solche unerschrockene Vertreter der Wahrheit und des Gewissens in der Kammer zu wissen. Es erübrigt sich wohl, an dieser Stelle all die schweren Vorwürfe, die gegen die Juden erhoben werden, zurückzuweisen. Vielmehr wäre es, der Chronik entsprechend, angebracht, eine Liste der von den oben genannten jüdischen Volksvertretern eingebrachten, auch von nichtjüdischen Mitgliedern des Hauses unterschriebenen, Interpellationen und „Anfragen" aufzustellen, die zeigten, auf wievielen Gebieten von blindem Mißwollen diktierte Maßnahmen und Ungerechtigkeiten gegen die Juden Österreichs erfolgen.

Am 6. Juni richteten Reizes und der italienische Abgeordnete Dr. Bugatto Anfragen an den Präsidenten wegen Remedur in allen Flüchtlingsangelegenheiten, welche zu der Einführung eines Flüchtlingsausschusses führten. Es sei vorweggenommen, daß dieser die Aufhebung des Flüchtlingslagers in Deutsch-Brod, in dem die unglaublichsten sanitären Verhältnisse herrschten (von allem anderen zu schweigen), herbeiführte.

Reizes und Genossen mußten wegen des drakonischen Verbotes der jüdischen Sprache im zensurierten Briefverkehr interpellieren, das, wie es in dem Dokument heißt, „sowohl vom humanen wie auch vom staatlichen Standpunkt verwerflich ist. Es sei denn, daß man es für zweckentsprechend und vernünftig findet, hunderttausende von Menschen zu kränken und überflüssigerweise zu drangsalieren."

Ferner interpellierte Dr. Straucher wegen der Sperre der Advokatur in Wien für Advokaten aus Galizien und Bukowina, die sich hauptsächlich gegen Flüchtlinge wandte.[1])

Aber auch eines anderen von gegnerischer Seite gestellten Antrages sei gedacht: Dr. Banas, ein

[1]) Inzwischen wurde dieser Verordnung vom Justizausschuß die Genehmigung versagt.



polnischer Abgeordneter, forderte die Regierung auf, eine Statistik vorzulegen, in welcher länderweise sowohl die Kriegsleistungen als der Ertrag aus den Kriegslieferungen der jüdischen Bevölkerung im Verhältnis zu anderen Bekenntnissen angeführt werden solle.

Ob dies geschehen wird oder nicht, steht dahin. Aber der Abgeordnete Reizes hat schon in seiner Rede vom 15. Juni, dem Empfinden der österreichischen Judenschaft gemäß, sich folgendermaßen über die auf derartige Erhebungen hinzielende Bestrebungen geäußert: „Bekanntermaßen hat man in Deutschland den Versuch gemacht, eine konfessionelle Zählung in der Armee vorzunehmen. Dieser Versuch wurde dank gesunder Einsicht — die Juden hatten wahrlich keinen Anlaß, vor ihr zurückzutreten, denn die ungefähr 70 000 jüdischen Soldaten im Reiche haben über 8000 Tapferkeitsauszeichnungen erhalten — im Keime erstickt. Was in Deutschland aufgegeben wurde, ist bei uns seit einigen Monaten in Durchführung begriffen. Seit April 1917 tauchte plötzlich in verschiedenen militärischen Meldungsbögen die Rubrik „Religion“ auf. Daß diese Maßnahme die Judenzählung ist, die Judenzählung in der Armee, die in Deutschland aufgegeben wurde, ist ganz klar. Aber man zähle ruhig weiter. Vor dem Ergebnis kann uns gar nicht bange sein! Man zähle aber auch den Prozentsatz der jüdischen Soldaten in den Marschbataillonen, die an die Front abgehen, und man zähle auch die jüdischen Todesopfer . . .“

Übrigens sind die österreichischen Juden gewillt, dieses Stück Arbeit der Regierung abzunehmen. „Das jüdische Kriegsarchiv“ in Wien ist geschaffen worden, um alle Daten zu sammeln, und wir wollen hoffen, daß es damit wird rechtzeitig dienen können.

Das wird notwendig sein. Denn in allen Lagern gewinnt die antisemitische Strömung die Oberhand. So lassen sich die Deutsch-Radikalen Mährens, die sich wegen ihrer jüdischen Wählerschaft auf dem Lande bisher noch einigen Zwang auferlegten, dazu verleiten, vor der deutsch geschriebenen, nicht nationalen, deutlich vor der sogenannten Judenpresse zu warnen. Und auch die Sozialdemokraten beginnen, was geradezu unglaublich ist, wenn man der Entwicklung des demokratischen und nationalen Gedankens in den letzten Monaten gedenkt, in dasselbe Horn zu stoßen. Daß die „Arbeiterzeitung“, die den „Sozialismus des dummen Kerls“ verspottete und aus kleinlich taktischen Gründen doch übernahm, eifrig schürt, ist nicht zu verwundern. Die deutsche Sozialdemokratie Österreichs will sich wohl bündnisfähig machen, wenn sie schreibt, daß Ungarn von vier, fünf Juden in die Tasche gesteckt sei. Solche tiefe Erkenntnisse könnten ebenso gut in dem Wiener alldeutschen Blättchen „Ostdeutsche Rundschau“ stehen. Denn dort finden sich fast in jeder Nummer die Kapriolen jenes gewissen Teut, die stets bei den Juden endigen, wenn ihm die nötige Einsicht in die Dinge versagt bleibt.

Sogar die Regierung, deren Verhältnis zu den Juden schon der Umstand erhellt, daß sie den Treibereien nachgebend, den Präsidenten der Wiener israelitischen Kultusgemeinde, Dr. Alfred Stern, von der Liste der zu ernennenden Pairs strich, was die gesamte Judenschaft als Affront aufnahm, selbst die Regierung, die ihre eigenen jüdischen, staatstreuen Bürger als Menschen zweiter Klasse behandelte, die ihre Versprechungen beim Einzuge der österreichischen Truppen nach Russisch-Polen so wenig hielt, die eine krasse Zurücksetzung der Juden im Heere erduldet, selbst eine solche Regierung bleibt nicht von dem Verdachte der Judenfreundschaft befreit. Der tschechische Abgeordnete Korosec fühlte sich bemüßigt, um Bekanntgabe des „Konkordats“ zu ersuchen, das die k. k. Regierung mit der „Alliance Israélite“ geschlossen habe. Aber er erhielt auf diese nur zu demagogischen Zwecken getane Rede eine schlagfertige Antwort von dem Abgeordneten Straucher, der ihn an das im Hause anwesende Vorstandsmitglied der Alliance verwies, an Dr. Kuranda, dem ein Sohn gefallen ist, während sein zweiter im Felde steht.

Diese Bilder aus dem Parlamente dürfen nicht gleichgültig gewertet werden. Und es wäre ein großer Fehler, sollten sich nicht die Juden aller Schattierungen rechtzeitig auf Maßnahmen besinnen, die sie zur Eindämmung der antisemitischen Flut zu ergreifen hätten. Die Auseinandersetzungen werden sich nicht auf Hetzreden im Parlament, auf Anrempelungen in der Presse, auf Beschimpfungen in der Gasse beschränken. Sie werden sehr unangenehm empfundene Benachteiligungen der Juden im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben zur Folge haben. Mehr noch als das: Die zum Fenster hinausgesprochenen Reden der antisemitischen Abgeordneten wiegeln bereits das Volk auf, so daß Leben und Gut von Juden aufs Spiel gesetzt werden. Das Wetterleuchten hat schon begonnen. Aus Mähren und Schlesien kommen beunruhigende Nachrichten von schweren Verstößen gegen die öffentliche Ordnung....

N. W.

Die Gebrüder Herrnfeld.

Es gibt Menschen, deren Zynismus so weit gediehen ist, daß sie mit Vorliebe von ihren eigenen Erbärmlichkeiten reden und sich an dem peinlichen Gefühl, das ihre Schilderungen bei den Zuhörern weckt, weiden.

Ein ähnlicher Trieb scheint in den Gebrüdern Herrnfeld zu leben, die demnächst zu einem Gastspiel am Deutschen Theater nach München kommen sollen.

Selbst dem jüdischen Volk entstammt, suchen sie sich mit Vorliebe das Kranke und Unschöne am jüdischen Volkskörper aus: den durchtriebenen, schwindelnden Händler, den selbstgefälligen Protz, die aufdringliche Klette und ähnliche Erscheinungen eines verelendeten und verkommenen Judentums und machen daraus ein „fröhliches“ Theaterstück, über das eine große Schale klebriger Sentimentalität ausgegossen wird. Mit einem verblüffenden Zynismus stellen sie dieses Bild des heruntergekommenen Judentums allabendlich den christlichen und jüdischen „Kunstfreunden“ Berlins zur Schau.

Ja, auch den jüdischen. So unglaublich es klingt — es gibt in Berlin Juden, die beim Genuß dieser „jüdischen Stücke" lachen können, anstatt Tränen der Scham über das Treiben der Gebrüder Herrnfeld zu vergießen, und ihr Ergötzen treibt dem selbstbewußten Juden ein noch höheres Rot auf die Wangen.

Diese Gebrüder Herrnfeld wollen jetzt nach München kommen, um zu einer Zeit, da das jüdische Volk die unsagbare Tragik seines Schicksals stärker als je erlebt, da die verelendeten Juden weiter Landstrecken dem Haß und der Geringschätzung der Judenfeinde hilflos preisgegeben sind, das Münchener Publikum mit seinen „jüdischen" Witzen zu unterhalten.

Es ist zu hoffen, daß wenigstens das jüdische Publikum Münchens sich entrüstet von den Machwerken abwendet und — wenn es schon nicht verhindern kann, daß die Aufführungen überhaupt stattfinden — den Zuschauerraum denen überläßt, die sich an den „fremdartigen" Aufführungen weiden werden — nämlich den Antisemiten.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus

Am 16. Juli kam es im österreichischen Abgeordnetenhause zur lebhaften Erörterung eines besonderen Erlasses, der sich gegen gewisse Völkerschaften in der Donaumonarchie richtet. Hierbei sagte der Abg. Dr. Straucher:

Hohes Haus! Alle jene, welche in diesem hohen Hause national fühlen und für ihr Volk ihr Bestes einsetzen, werden mich verstehen.

Wenn ich heute das Wort ergreife, so geschieht es deshalb, weil in dem inkriminierten Reservatbefehl nicht allein jene Völkerschaften genannt worden sind, die heute von den verschiedenen Kollegen namentlich bezeichnet wurden, sondern speziell die Juden. (Hört! Hört!)

Der Erlaß datiert vom 10. März und lautet in seinem zweiten Alinea d (liest): „Juden, Italiener und Tschechen dürfen auf Wache in diese Kriegsgefangenen-Offiziersgruppe nicht kommandiert werden." (Hört! Hört!) Und zuletzt unter Alinea f heißt es (liest): „Scharfe, unauffällige Kontrolle der jüdischen Wachmannschaft, sowie aller minderverläßlichen Elemente der Wachmannschaft..." usw. Dieser Reservaterlaß ist an die Lager-Kommandos der Kriegsgefangenenlager vom inspizierenden Generalmajor Urban gerichtet.

Meine Herren! Die gleiche Erregung und Erbitterung, die gleiche Empörung, die sich Ihrer von den anderen Nationalitäten und Volksstämmen bemächtigt, hat sich auch meiner bemächtigt.

Wir von der völkisch-jüdischen Richtung, die wir unser Volkstum, unsere Volksart, unsere Eigenart, unsere Nationalität ebenso hochhalten und ebenso pflegen wie Sie die Ihrige, wir haben das bestimmte Empfinden, daß uns durch diesen Befehl ein schweres Unrecht angetan worden ist. Es wäre aber auch ein Wunder gewesen, wenn irgendeine gehässige Verfügung erlassen würde und die Juden davon nicht betroffen worden wären, denn an odiosen Maßregelungen partizipieren wir immer. (Zustimmung.) Das ist die wahre — allerdings fragwürdige Gleichberechtigung, die heute Seine Exzellenz, der Herr Minister des Innern, mit einer trefflichen Bemerkung gestreift hat. Es ist bekannt, daß in dem gegenwärtigen Kriege neben den Ukrainern und Polen im Osten unseres Reiches speziell die Juden am meisten und schwersten gelitten haben; denn schon von Haus aus sind ja die Russen böse Verfolger der Juden. Die Verfolgung der österreichischen Juden durch die Russen hat aber auch in ihrem österreichischen Patriotismus seinen Grund, da die Russen wußten, daß die österreichischen Juden eine stets verläßliche Stütze Österreichs bilden. Deshalb haben wir Juden auch in diesem Weltkriege unsere Pflicht und Schuldigkeit für die Monarchie im vollsten Maße erfüllt, in keinem Belange stehen wir hinter den staatstreuesten österreichischen Völkern zurück. Umso ungerechter und empfindlicher trifft uns die Verdächtigung. Mit Feuer und Schwert hat ein rücksichtslos grausamer Feind die Bevölkerung Galiziens und der Bukowina, im besondern aber die unglückliche Judenschaft heimgesucht. Die grundlose, willkürliche Beschimpfung der Juden in dem Reservatbefehle ist leider nicht eine vereinzelte Erscheinung, sondern ein Glied einer ganzen Kette gehässiger Maßnahmen gegen die Juden. Meine Herren! Sie kennen die Namen der Infanterie-Regimenter aus Ostgalizien und aus der Bukowina, so das 9., 24., 45., 10., 41. und 77., des 22. Landwehr-Regimentes und so fort, welche sich in der letzten Zeit in der zehnten Isonzoschlacht ganz hervorragend ausgezeichnet und unsterbliche Heldentaten verrichtet haben, daß ganze Abteilungen aufgerieben wurden und verbluteten. In diesen Regimentern waren es hauptsächlich Ukrainer und Juden sowie tschechische Truppen im 24. (Kolomea), mit fast 60 Prozent Juden, durchschnittlich über 30 Prozent Juden, die einen beispiellosen Opfermut entwickelt haben. Und da wagt man es, unseren jüdischen Soldaten einen unauslöschlichen Schimpf anzutun? Ich kann Ihnen auch den Autor dieses Befehls sagen, es ist dies General Urban und der Befehl datiert aus Oberösterreich (Wels) und aus Innsbruck. Seit wann haben die Herren Generale das Recht, die Völker Österreichs zu qualifizieren, oder gar zu disqualifizieren und zu zensurieren? Kommt das in irgend einem Staate der Welt noch vor? (Bravo! Bravo!)

Aber wir haben noch andere Dinge erlebt. Als unsere Truppen in Russisch-Polen einzogen, da hat man Aufrufe erlassen und diese Aufrufe in der nun verpönten jüdischen Schrift und Sprache veröffentlicht. Man hat der Judenschaft die Befreiung zugesichert. Man hat ihnen gesagt, man werde ihre nationale Eigenart, ihre Religion, ihr Volkstum respektieren und ihnen politische Freiheit bringen. Kaum hatten sich aber die Österreicher in Russisch-Polen etabliert, so wird den jüdischen

Soldaten im Felde und den Juden daheim die Korrespondenz untereinander und mit ihren Angehörigen in jidischer Schrift und jidischer Sprache verboten. Nun sind aber die Leute keiner anderen Sprache und Schrift mächtig, das werden die Herren aus Galizien und der Bukowina bestätigen. Denken Sie sich nun einen vor dem Feinde stehenden Soldaten, der im Angesichte des Todes vielleicht seine letzten Liebesgrüße den Seinen nach Hause schickt, Abschied von seinen Lieben und seinem Liebsten nehmen will, der notwendige Verfügungen oder seine letzten Anordnungen treffen will. Er will seine Angelegenheiten oder Familienintimitäten nicht preisgeben anderen unberufenen Ohren. (Abg. Kuranda: Und seine Kinder sterben im Flüchtlingslager!) Ja, in den mörderischen Flüchtlings- und in den Barackenlagern!

Nun, meine Herren, ich will nicht polemisieren gegen den Redner der deutschen Linken, weil ich ja die unerfreuliche Erfahrung gemacht habe, daß die Herren vom deutschen Nationalverband als die einzige Partei im Hause gegen den Antrag des Justizausschusses, betreffend die Nichtgenehmigung der § 14-Verordnung gestimmt haben, mittels deren den aus Galizien und der Bukowina geflüchteten Advokaten verfassungswidrig die Übersiedlung in den Wiener Oberlandesgerichtssprengel gesperrt worden ist. Da hieß es, wir aus der Bukowina und Galizien seien „Fremde". Wir Fremde, meine Herren, wir, deren Haus und Hof eingeäschert, deren Habe beraubt worden ist, deren Kinder im Felde stehen und die alle schweren Heimsuchungen des Krieges über sich ergehen lassen müssen.

Wir wissen ganz wohl, woher der Wind geht. Die Herren vom deutschen Nationalverband haben die § 14-Verordnung deshalb nicht aufheben wollen, weil unglücklicherweise unter diesen 600 oder 1000 vertriebenen Advokaten aus Galizien und der Bukowina auch einige hundert Juden sind! Ja, wenn ich so meine Betrachtungen anstelle, wie im „Roten Saale", in den Couloirs und Vorzimmern des Parlaments diese verbissenen und verbohrten Judenfeinde mit den jüdischen Journalisten und Bankmenschen usw. so intim verkehren. (Heiterkeit und Beifall!) Aber hier im Hause ist man strammer nationaldeutscher Antisemit, die Juden sozialpolitisch und materiell zu vernichten. Und wie haben sich wieder diese Herren Nationalverbändler in der Flüchtlingsfrage verhalten, einer Frage, die keine politische, keine nationale Frage, sondern eine Frage sozialwirtschaftlicher Natur ist? Das ist der deutsch-österreichische Freisinn.

Ja, Freisinn für sich — aber Knechtschaft für uns.

Ich will die Geduld des hohen Hauses nicht länger in Anspruch nehmen, aber ich muß mich an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister wenden, und zwar deswegen, damit die vielfach kränkende Behandlung, die Beschimpfung der jüdischen Soldaten, ihre Zurücksetzung und Verhöhnung, das Anrufen mit Spitznamen und dergleichen, in der Armee endlich aufhört. Hierüber wird bitterste Klage geführt. Und weiters, weil mir kürzlich die Mitteilung gemacht worden ist, daß auch aus dem Landesverteidigungsministerium jüdische Unteroffiziere, die als hilfsdiensttauglich qualifiziert wurden und deshalb nur als Schreiber zu verwenden sind, dort als Schreibkräfte zurückgewiesen werden, weil im Landesverteidigungsministerium die Tendenz bestehe, keine jüdischen Unteroffiziere zu verwenden. Auch bezüglich der Nichtverwendung jüdischer Unteroffiziere in Kanzleien usw., bestehen Reservatbefehle wegen ihrer Nichtzulassung und Entfernung. Es ist beschämend und empörend, daß in der Armee eine solche gesetzwidrige Rechtsungleichheit herrscht. Die Mannschaft, meine Herren, die Kämpfer, die Söhne des Volkes, leben einträchtig, friedlich und freundschaftlich an der Front und im Schützengraben.

Wir Juden sind unentwegt wahre und treue österreichische Patrioten und die Regierung sollte sich freuen, daß eine solche Debatte heute hier abgeführt wurde, in der alle Völker einmütig und energisch die Verdächtigung und den Vorwurf patriotischer Unzuverlässigkeit mit Entschiedenheit und Entrüstung zurückweisen. Deshalb erhebe ich im Namen der gesamten österreichischen Judenschaft feierlichen und energischen Protest gegen die wider jüdische Truppen erhobene Verdächtigung der Unzuverlässigkeit oder minderen Verläßlichkeit und weise diese Anwürfe empört zurück. Meine Herren! Gerade diese Debatte zeigt uns, in welchem Lager Österreich ist, und ich bin berechtigt zu sagen, daß unter jene Volksstämmen, in deren Lager Österreich ist, insbesondere auch die Judenschaft Österreichs gehört. (Lebhafter Beifall. — Redner wird vielfach beglückwünscht.)

Welt-Echo

Leichathletische Kriegsmeisterschaft. Beim leichtathletischen Wettbewerb im Berliner Stadion gewann der jüdische Turnverein Bar Kochba den 1. Preis der Olympischen Jugendstaffette.

405 Eiserne Kreuze. Die K.-C.-Blätter, Monatsschrift der im Kartell-Convent vereinigten jüdischen Organisationen berichten in ihrer Nummer vom Mai-Juni-Juli 1917, daß unter ihren Mitgliedern 5 mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse und 400 mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet worden sind. Von den 1100 Mitgliedern stehen 948 im Heeresdienst, darunter 778 im Feldheere. Den Heldentod starben 71 Mitglieder.

Dr. E. W. Tschlenow, der 2. Vorsitzende des Engeren A. C. ist zu längerem Aufenthalt in Kopenhagen eingetroffen.

Ein jüdisches Regiment. Eine Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" berichtet, daß ein neu aufgestelltes jüdisches Regiment, wel-

ches den Schild König Davids zum Regimentsabzeichen erhält, an der Front in Palästina verwandt werden soll.

31 Juden im Petersburger Gemeinderat. Wie „Daily Chronicle“ berichtet, wurden bei den Gemeinderatswahlen in Petersburg 31 Juden in den Rat gewählt. Hierzu gehören Senator Winawer, der Advokat Slusberg, der Arbeiterführer Leo Deitsch und Frau Gurjewitsch, die erste Jüdin in einem russischen Gemeinderat.

Jüdische Feldrabbiner. Rußland war bis zur Revolution das einzige kriegführende Land, in dem es keine jüdischen Feldrabbiner gab. Wiederholt führten darüber in der Öffentlichkeit jüdische Soldaten Klage. Die provisorische Regierung sah darin eine Zurücksetzung der jüdischen Religion und beschloß, jüdische Feldrabbiner an die Front zu entsenden, ebenso wie es auch christliche und mohammedanische Feldgeistliche gibt. Zum ersten jüdischen Feldrabbiner wurde Rabbiner J o f f e aus Tambow ernannt.

Antisemitische Propaganda in Petersburg. „Djen“ schildert die Stimmung in Petersburg folgendermaßen: Die Liquidation des Maximalistenaufstandes nimmt einen schleppenden Charakter an. Die Zahl der verdächtigen Personen und verbreiteten Insinuationen nimmt immer größeren Umfang an. Eine reale Gefahr schleicht heran. An allen Straßenecken, und in den Häusern tritt eine äußerlich auf die Revolutionszeit stilisierte, offensichtlich aber auf ein Pogrom gegen die Juden angelegte antisemitische Propaganda hervor, die auf die unwissenden Volksmassen einen offenbaren Eindruck macht. Man macht den Versuch, die maximalistische Verschwörung mit der Tätigkeit der Organe der revolutionären Demokratie in einen Topf zu werfen und stellt die Tätigkeit dieser in das Zeichen einer jüdischen Gewaltherrschaft. Der Effekt ist ein doppelter: Haß gegen die Revolution und Haß gegen die Juden verflechten sich zu einem Knoten. Mögen die offiziösen Wortführer der Kadettenpartei, die nur an dem ersten Laster leiden, verstehen, daß sie sich durch ihre gegen die Revolution gerichteten Wutausbrüche den Meistern der Pogrome gleichstellen.

Literarisches Echo

Neue Jüdische Monatshefte. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Literatur in Ost und West. Berlin.

Inhalt des Heftes 20 vom 25. Juli 1917: Adolf Stand, Wien: Die Lage und die Hauptforderungen der Juden; Julius Bab: Judentum und Nationalismus (12 Thesen); Dr. Sigbert Feuchtwanger, München: Grundsätzliches zur deutschen Judenfrage; Dr. Majer Balaban: Der Kahal in Polen im XVI. bis XVIII. Jahrhundert; M. J. bin Gorion: Der Talmud und das Ghetto; Hermann Struck: „Bankowskis Hoif“ in Wilna; Hermann Cohen: Streiflichter über jüdische Religion und Wissenschaft. Umschau. Literaturblatt.

Spendenausweis auf der 3. Umschlagseite. Weitere Beträge sind zu richten an das Bankhaus J. L. Feuchtwanger, München. Postscheckkonto 552.

Zeitungs-Echo

Die Bedeutung der Juden für die deutsch-türkische Wirtschaftspolitik.

Von H e u e r , kgl. Seminarlehrer in Prenzlau.

Die Gesamtzahl der über die Erde verstreuten Juden beträgt 14,3 Millionen. Davon entfallen auf Rußland 7, auf Österreich-Ungarn und die Vereinigten Staaten je 2,3 Millionen. In Deutschland machen die Juden etwa 1 Prozent (über 600 000) der Bevölkerung aus, in Holland 2 Prozent (etwa 110 000), in Rumänien 4 Prozent (275 000). Groß ist die Zahl auch in Neugriechenland, wo Saloniki allein 80 000 zählt. Gering ist ihre Zahl in England (100 000), Frankreich (55 000) und Italien (36 000).

In Rumänien hat seit 1899 eine starke Auswanderung der Juden eingesetzt. Den größten Umfang nimmt sie aber seit dem Beginn der Judenverfolgungen im Jahre 1881 in Rußland ein, von wo seither mehr als 2 Millionen ausgewandert sind, vorwiegend nach den Vereinigten Staaten. Nach dem Kriege wird diese Auswanderung aus Rußland sicher ungeheuer steigen, vor allem aber auch aus Polen und Galizien, wo viele Tausende Juden ihrer Erwerbsgrundlagen verlustig gegangen sind. Viele werden nach Westeuropa drängen, ganz besonders auch nach Deutschland, das für sie neben den Vereinigten Staaten das Land der Sehnsucht ist. Ob sie einen erwünschten Zuwachs Deutschlands darstellen, muß in Frage gestellt werden. Im Gegenteil wird man wie bisher den Strom dieser Zuwanderer nach anderer Richtung ablenken müssen. Diese Richtung ist aber für Deutschland nicht gleichgültig. Das Wachstum der Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu fördern, haben wir kein Interesse, da mit dem Anwachsen der Menschenmassen dort drüben auch die amerikanische Unverschämtheit steigen wird. Wohl aber liegt es in unserm Interesse, der verhältnismäßig menschenarmen Türkei einen Menschenzuwachs

zuzuführen, der ihre Produktionsfähigkeit und damit ihre wirtschaftliche und politische Kraft stärken muß.

Die Zahl der in der Türkei lebenden Juden wird auf 420 000 angegeben, dürfte aber mindestens 450 000 betragen. Davon kommen auf die europäische Türkei 100 000 (Konstantinopel 70 000, Adrianopel 25 000), Syrien 50 000 (40 000 in Aleppo und Damaskus), Kleinasien 60 000 (35 000 in Smyrna), Palästina 120 000 (75 000 in Jerusalem, 12 000 in Jaffa, etwa je 10 000 in Tiberias und Safed, 3500 in Haifa), Mesopotamien 60 000 (50 000 in Bagdad), Arabien 30 000 (Yemen).

Die Juden werden von den Türken als fleißige, intelligente, nüchterne und ruhige Leute geschätzt und haben sich stets weitestgehender Duldung zu erfreuen gehabt. Die jüdische Einwanderung ist daher vom Staate unterstützt worden. So haben die rumänischen Juden Geld, Land, Vieh und Saatgut erhalten. Wenn dennoch die Zahl der zuströmenden jüdischen Einwanderung jährlich nur 2 bis 5000 betrug, so bestanden dafür verschiedene Gründe, unter denen das Mißtrauen der türkischen Regierung gegen eine Einmischung Rußlands der wichtigste war; denn die eingewanderten russischen Juden bieben russische Untertanen. In Zukunft wird dieser Grund wegfallen. Die Einwanderer werden jetzt naturalisiert. Für die Verwirklichung der weitschauenden Kolonisationspläne in Anatolien und Mesopotamien wird ein starker Zustrom von Juden von hoher Bedeutung sein. Dort braucht die Türkei zunächst Bauern. Daß die Juden aus Rumänien und Rußland zum guten Teile als solche geeignet sind, haben die 40 zionistischen landwirtschaftlichen Kolonien in Palästina erwiesen, die namentlich auf dem Gebiete des Obstbaues Befriedigendes leisten und Wein, Oliven, Apfelsinen und Mandeln in vorzüglicher Beschaffenheit auf den Markt bringen. Diese jüdischen Bauern sind bereits mit der Verwendung künstlicher Düngemittel und landwirtschaftlicher Maschinen vertraut und haben sich durchaus für Palästina als Kulturförderer erwiesen, nachdem anfängliche Schwierigkeiten bei der Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse überwunden waren. Die Juden aus Westrußland könnten aber der Türkei namentlich bei der Einführung von abendländischen Industrien oder bei der Entwicklung ihrer eigenen türkischen wertvolle Dienste leisten. Schon jetzt sind besonders in Zigarettenfabriken und im Kunstgewerbe in Damaskus viele jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen tätig. Aus Arabien stammende Juden haben die Herstellung von Silberfiligranarbeiten nach Palästina verpflanzt. Auf den anatolischen Bauern als Fabrikarbeiter kann man wenig oder gar nicht rechnen. Selbst, wenn er sich dazu erziehen ließe, müßte man von ihm schon aus wirtschaftlichen Gründen absehen, da man seiner ohnehin für die Erweiterung der landwirtschaftlichen Kulturen dringend bedarf. Eine starke jüdische Einwanderung kann allein helfen.

Da Deutschland an einer wirtschaftlichen und politischen Stärkung der Türkei großes Interesse hat, so muß auch unserer Regierung an einer Begünstigung der jüdischen Einwanderung nach der Türkei gelegen sein. Eine Unterstützung der zionistischen Bewegung und der polnisch-jüdischen Auswanderung nach Vorderasien wird zu bedenken sein.

Das um so mehr, als die Juden geradezu als Förderer deutscher Kultur anzusprechen sind. Mindestens neun Zehntel aller Juden, nämlich 12,9 Millionen, sprechen deutsch oder jüdisch-deutsch (jidisch). Sie sind sogenannte aschkenasische, d. h. aus Deutschland, Österreich und dem östlichen Europa stammende Juden (arab. Aschkenasim.). Unter den russischen Juden sind 96,9 Prozent aschkenasisch, unter den amerikanischen und österreichischen mindestens ebensoviel. Nur die Juden Syriens sprechen überwiegend arabisch, und unter denen Mesopotamiens und Arabiens sind aschkenasische selten. Die Zahl der aschkenasischen Juden ist also gering. Das Deutsche kann daher als die Weltsprache der Juden bezeichnet werden.

Diese Tatsache ist in Deutschland viel zu wenig bekannt, sie verdient aber gerade wegen unserer Zukunftshoffnungen im Orient Beachtung. Die Juden sind die gegebenen Mittler zwischen Deutschland und der Türkei. Nicht wenig jüdische Techniker und Ärzte haben in Deutschland Hochschulbildung genossen, viele jüdische Kaufleute aller Welt unterhalten nach Deutschland geschäftliche und zum Teil Familienbeziehungen. Es kann also für den deutschen Kaufmann nicht schwer halten, im Orient Fuß zu fassen, wenn er sich der Hilfe der deutschsprechenden Juden des Orients bedient. Die deutsche Sprache ebnet die Wege. (Dieser Gleichsetzung der jidischen und der deutschen Sprache können wir allerdings nicht zustimmen. D. Red.) („Deutsche Wirtschaftszeitung" Berlin.)

Feuilleton

Über die ehemalige Judengemeinde in Nürnberg.

Von Lor. Fried. Richter, Gymnasialprofessor zu Erlangen.

(Fortsetzung.)

Zu gleicher Zeit, und dies ist wohl das empörendste, lockte man dem Kaiser den harten Beschluß ab, daß die Juden fast in der ganzen, man kann wohl sagen, von ihnen miterbauten Stadt ihre bisherigen Häuser räumen und sich dafür auf der großen Brandstatt von 1341 in der Gegend des Taschentals und der von ihnen später benannten Judengasse, versteht sich, auf ihre Kosten anbauen mußten. Dahin wurden auch diejenigen verwiesen, deren Häuser den beiden Hauptmärkten hatten Platz machen müssen. Die schönsten und wohlgelegensten jener eingezogenen Häuser verschenkte Karl IV. an den Rat zu Nürnberg und an viele adelige Geschlechter der Stadt, zumal an das Stromerische, aus welchem ihn Ulrich Stromer zu dieser schrecklichen Mißhandlung seiner treuen Kammerknechte beredet hatte.

Die Versicherung einiger minder kecker Chronisten, daß man den Juden ein Jahr Zeit zur Verkaufung ihrer Häuser gelassen, mithin Verkauf erlaubt habe, ermangelt jedes Beweises.

Doch die Nürnberger Hebräer, die zum Übermaß des Jammers auch 1349 von der gegen den Rat empörten Bürgerschaft ausgeplündert worden waren, verzweifelten selbst jetzt noch nicht an ihrer Zukunft. Sie richteten sich auf der grausenhaften Brandstatt so gut wie möglich ein, erbauten eine neue Synagoge und ein neues Gymnasium und schienen von jener Zeit an mehr noch als früher ihr Hauptstreben darauf zu richten, ihre Hochschule durch tüchtige Lehrer emporzubringen. Denn, das darf ich wohl nicht erst sagen, daß die damalige Nürnberger Judengemeinde die gebildetste in Deutschland war und ihre Lehranstalten, wie später die Fürther, selbst von Ausländern fleißig besucht wurden. Daß jedoch dem fanatischen Rat der Stadt an dieser Schule und deren mehr oder minder zahlreichen Besuch nicht das geringste lag, sah man aus der Schonungslosigkeit, mit welcher er ihnen 1349 auch ihr niemand im Weg stehendes Gymnasialgebäude abnahm, wodurch sie zu schleunigem Aufbau eines neuen in dem ihnen vergönnten Bannkreis vermüssigt waren. Ja, im Jahre 1406 versagte er ihnen sogar die Erlaubnis zur Erbauung eines zweiten, weil der Raum des ersteren für die vielen Fremden nicht mehr hinreichte, und verwies sie auf den Unterricht in ihren Häusern.

Endlich wirkte der Rat in Verbindung mit vielen anderen Reichständen gegen seine ohnehin bereits furchtbar mitgenommenen Juden Tabulas novas aus, das heißt kaiserliche Niederschlagung aller Schulden, die man bei den Juden gemacht hatte, jedoch für eine Abgabe von 15 vom Hundert an den Bewilliger dieser Tafeln, den schwelgerischen Kaiser Wenzel. Wie groß jene Schulden gewesen sein müssen, kann man aus dem Betrag dieser Prozente schließen. Wenzel erhielt nämlich vom Herzog Friedrich in Bayern 15 000 Gulden, vom Bischof von Würzburg 15 000 Gulden, vom Grafen von Oettingen gleichfalls 15 000 Gulden, von Nürnberg 4000 Gulden, von Rothenburg 1000 Gulden, von Schweinfurt 200 Gulden, von Windsheim 200 Gulden, von Weißenburg 100 Gulden. Um diese 4000 Gulden an die kaiserlichen Abgeordneten zu entrichten, ließ sich der Nürnberger Rat von jedem seiner Bürger von jedem Hundert des niedergeschlagenen Schuldbetrages 30 Gulden bezahlen! Daß der Nürnberger Rat die Abgeordneten der genannten verschuldeten Städte zu diesem Zweck in Nürnberg versammelte, läßt auf seine besondere Tätigkeit bei diesem überjüdischen Geschäfte schließen.

Unter dergleichen, wenn gleich minder kostspieligen Hudeleien, z. B. durch beständige außerordentliche Abgaben, auszeichnende Kleidertracht (die Männer durch gelbe Ringe an den Röcken, die Weiber durch hellblaue Einfassung der Scheier), Hintreibung der Juden zu den Predigten der damaligen verrückten Missionäre, um, jene, so Gott will, zum Christentum zu bekehren, verging ihnen leidlich genug das 15. Jahrhundert und bei so vieljähriger Sicherheit vor öffentlichem Raubmord, die aber mehr eine Folge der durch die damaligen großen Entdeckungsreisen und die Erfindung der Buchdruckerkunst entstehenden Aufklärung, als einer freundlicheren Gesinnung der christlichen Einwohnerschaft war, hätten die Hebräer eher des Himmels Einfall vermutet, als die am Tage Allerheiligen 1498 von den Schöpfen







der Stadt Nürnberg den in ihrer Synagoge versammelten geschehene Ankündigung, daß sie auf Kaisers Maximilians Befehl (Freiburg im Breisgau am 21. Juli 1498) innerhalb drei Monaten die Stadt Nürnberg auf ewige Zeiten zu räumen hätten. Schwerlich hätte sich der sonst so menschenfreundliche Maximilian I. zu dieser himmelschreienden Härte verleiten lassen, wenn ihm nicht sein bevorstehender so unglücklicher Schweizerkrieg von 1499 die tätigste Hilfe der deutschen Reichsstädte, sowie die 8000 Gulden, welche ihm der Rat für die gesamte unbewegliche Habe der Juden innerhalb und außerhalb der Stadt bot, höchst erwünschlich gemacht hätte. Auch diesmal also wußte der Rat zu Nürnberg den gelegensten Augenblick bei dem Kaiser zum Verderben seiner beneideten und angefeindeten Juden mit bewundernswürdigem Scharfsinn abzulauern. Nur so viel Milderung vermochten die Juden dem hartherzigen Rat durch ihr Wehklagen abzugewinnen, daß ihnen das Ziel des Auszugs auf Mitfasten 1499 verlängert wurde. Aber selbst diese Zwischenzeit benützte der Rat zu der Feindseligkeit, die umliegenden Fürsten und Reichsstädte gegen die Aufnahme der Juden durch die gräulichsten Schilderungen ihres Wuchers, ja, selbst mit Einmischung der Religion zu stimmen, was ihm jedoch nur in Windsheim gelang.

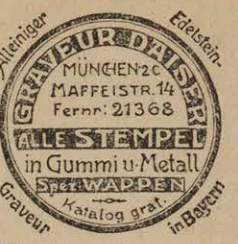
(Schluß folgt.)

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Das Eiserne Kreuz 1. Klasse wurde verliehen: dem kgl. Stabsarzt der Reserve Dr. Romm in Königsberg, dem kgl. Pionierhauptmann der Res. Dr. Ludwig Eßlinger in Nürnberg, dem kgl. Leutnant der Res. Dr. Hirschberg in Mün-



Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München